

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 82 (1990)
Heft: 5

Artikel: Wir müssen Zusammenschlüsse von Verbänden ins Auge fassen
Autor: Renschler, Walter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-355342>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 17.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Walter Renschler:

Wir müssen Zusammenschlüsse von Verbänden ins Auge fassen

Rundschau (RS): *Du nennst Beispiele für den Aufbau von gewerkschaftlichen Dienstleistungsangeboten für Beschäftigte im tertiären Sektor, besonders im Bereich der neuen Technologien. Soll diese Arbeit der SGB machen, und wie soll er sie machen?*

Walter Renschler (WR): Diese Arbeit betrifft die meisten SGB-Verbände. Deshalb muss der SGB koordinierend oder als Kristallisationspunkt wirken. Der SGB sollte über eine Anlaufstelle verfügen, die allen Branchen, also auch denjenigen, in denen SGB-Gewerkschaften nur schwach oder überhaupt nicht repräsentiert sind, zugänglich ist. Diese Stelle muss in der Anwendung von neuen Technologien etwas bieten, was ermöglichte, dass sie auch Dienstleistungen gegen Bezahlung offerieren könnte.

RS: *Was schwebt dir vor, wenn du die «Zusammenarbeit mit bestimmten Berufsverbänden im Dienstleistungssektor» als Postulat erwähnst?*

WR: Ich möchte die Zusammenarbeit nicht auf den Dienstleistungsbereich beschränken, auch wenn sie sich auf ihn konzentrieren dürfte. Eine Zusammenarbeit mit Berufsorganisationen aus allen Sektoren ist denkbar. Es gibt hier mehrere Ebenen: Bei Fragen von Neuen Technologien und Angestellteninteressen käme die genannte Institution in Frage. Aber auch im rein gewerkschaftlichen Bereich wäre es möglich, Zusammenarbeitsverträge abzuschliessen mit bestimmten gegenseitig zu erbringenden Leistungen, zum Beispiel Absprachen beim Vorgehen gegenüber Arbeitgebern. Gewisse gewerkschaftliche Interessenwahrungen könnte man – natürlich nicht gratis – auch dem SGB übertragen.

RS: *Was meinst du damit?*

WR: Wir haben – um ein Beispiel zu nennen – eine ganze Reihe Berufsorganisationen im VPOD-Spektrum, die in beruflichen Fragen kompetent sind, aber keine Ahnung davon haben, wie man etwa einen Gesamtarbeitsvertrag entwirft oder darüber verhandelt. Da hatten wir Anfragen um Hilfe, die wir unter der Voraussetzung einer Vereinbarung, die klar alles, auch das Finanzielle, regelt, positiv beantworten. Bis heute kam allerdings noch nie eine Vereinbarung zustande, weil die Kosten, die wir einsetzen mussten, für die Berufsverbände zu hoch waren.

Auf SGB-Ebene müssen wir beraten, wie vorzugehen ist. Die direkte Interessenwahrnehmung haben diese Verbände selber zu leisten. Täten wir letzteres, verkauften wir das Kernstück der gewerkschaftlichen Attraktivität. Warum sollte da dann noch jemand einer SGB-Gewerkschaft beitreten!

RS: *Du forderst ein existenzsicherndes garantiertes Mindesteinkommen für alle. Soll dieses unabhängig einer Arbeitsleistung erfolgen?*

WR: Es handelt sich um ein Minimaleinkommen und nicht um einen

Minimallohn. Das heisst: alle, die nicht erwerbstätig sein können und in irgendeiner Form von einer Versicherungsleistung oder von der Fürsorge abhängig sind, sollen ein Minimaleinkommen garantiert haben.

RS: *Ich könnte dann somit zu arbeiten aufhören und mit diesem Einkommen bescheiden leben?*

WR: Solche Fälle sind denkbar. Nur weil es allenfalls eine gewisse Quote von Missbrauch geben könnte, muss man aber eine gute Sache nicht ablehnen. Der Normalfall nämlich ist anders: Es geht um Ausgesteuerte, Kranke und Invalide.

RS: *Du nennst einen ganzen Katalog von Themen, in die sich der SGB teils neu, teils intensiver einzumischen hat. Themen aufgeben könne der SGB nicht. Kann das ohne Personalaufstockung und lediglich über die Festlegung von Prioritäten funktionieren?*

WR: Ich sehe andere Methoden, um das Leistungsangebot zu verbessern. Diese wären zu evaluieren. Eine Variante habe ich erwähnt: Gewisse Verbände könnten gesamtgewerkschaftliche Fragen übernehmen, weil sie da besonders kompetent sind und auch über die entsprechende Infrastruktur verfügen. Ein Beispiel: In der Ausländerpolitik ist die GBH mit Abstand die kompetenteste Gewerkschaft. Braucht es dann im SGB auch noch eine Stelle, die sich mit erheblichem Aufwand mit diesen Problemen befasst? Könnte man diese Aufgabe nicht an die GBH delegieren, wobei die Frage der Abgeltung zu besprechen wäre? Wenn wir innerhalb der Verbände durchlässiger arbeiteten, würden wir einiges an Effizienz gewinnen.

RS: *Besteht nicht die Gefahr, dass jeder Verband seine Anliegen prioritär setzt, und andere Verbände deshalb lang anklopfen müssen, bis sie die gewünschte Antwort erhalten?*

WR: Es wären klare Richtlinien aufzustellen. Ein bereitwilliger Verband übernimmt Pflichten, an die er sich zu halten hat. Weiter gibt es bei den einzelnen Verbänden sehr viele kompetente Mitglieder. Aus solchen Mitgliedern zusammengesetzte Arbeitsgruppen könnten – allenfalls bezahlte – Mandate übernehmen.

RS: *Was meinst du mit der Stärkung der egalitären horizontalen Strukturen?*

WR: Sehr viel wird – als gesamtgewerkschaftliche Aufgabe deklariert – an den SGB herangetragen. So Gott will, passiert etwas, und dann kommt die Materie wieder zu den Verbänden hinunter und von da allenfalls zu den interessierten Mitgliedern. Muss das so bleiben? Anstatt Basisaktivitäten mit dem Argument «Das gehört auf der Ebene SGB abgehandelt» abzuklemmen, wären diese zu fördern, aber im Sinne, dass solche Arbeitsgruppen ihre Aufgaben für alle Verbände und für den SGB erledigen. Natürlich können in solchen Gruppen Haltungen vertreten werden, die nicht alle als gut beurteilen. Aber das kennen wir in anderen Bereichen ja heute auch schon, wenn wir in Vereinigungen mitmachen, wo auch nicht immer zu unserer totalen Befriedigung entschieden wird. Da muss man ein bisschen freier sein.

RS: *Dem SGB wird manchmal vorgeworfen, er sei zu bürokratisch. Glaubst du das auch? Wenn ja, welches sind deine Rezepte dagegen?*

WR: Manchmal ist der SGB schon recht bürokratisch. Natürlich ist das von den Statuten bedingt. Die kann man aber ändern. Es hängt auch von einem gewissen Kästchendenken ab. Weniger Bürokratie entsteht bei grösserem Vertrauen und wenn Spielraum für Aktivitäten gelassen wird. Kompetenzen sind dorthin zu delegieren, wo sie auch wahrgenommen werden können. Der Vorstand des SGB zum Beispiel muss über zuviel Traktanden ohne die Möglichkeit einer gründlichen Diskussion entscheiden. Das Büro könnte über eine Reihe von administrativen Angelegenheiten befinden, damit der Vorstand sich mit gewichtigeren Dingen befassen kann.

RS: *Kannst du dir die halbe Horrorvision vorstellen, dass der SGB in 30 Jahren nur noch 150 000 Mitglieder zählt, weil der Prozess der Tertiarisierung der Arbeit unaufhaltsam fortschreitet, die Gewerkschaften aber im industriellen Bereich fussen, dass der SGB aber gleichwohl, wie etwa die Bauernorganisationen heute, politisch ein einflussreiches Wort sprechen kann?*

WR: Träte ein solcher Mitgliederschwund ein, dann gäbe es keinen SGB mehr. Die Gewerkschaftsmacht beruht auf einer grossen Zahl von Mitgliedern. Das ist das alleinige Potential, das wir bei Auseinandersetzungen mit den Arbeitgebern in die Waagschale werfen können. Der Vergleich mit dem Bauernverband ist nicht ganz zulässig: Die Landwirtschaft wird von grossen Teilen der Bevölkerung – zu Recht – sehr positiv beurteilt. Auf diese Sympathie kann ein Bauernverband jederzeit abstellen. Ich glaube aber nicht, dass eine solche Schrumpfung eintreten wird. Im Gegenteil: Es kann uns gelingen, eine halbe Million Mitglieder im SGB zu vereinen, wenn wir eine offene Politik gegenüber anderen Arbeitnehmer/innen-Organisationen betreiben, die sich allenfalls dem SGB anschliessen wollen. Innerhalb des SGB haben wir an Konzentrationen zu denken. Es sind möglicherweise Zusammenschlüsse von Verbänden ins Auge zu fassen, wobei nicht immer solange zugewartet werden soll, bis ein Verband zu einem Anschluss gezwungen wird.

RS: *Es bildet sich das gemeinsame Europa und der Europäische Wirtschaftsraum. Was ist da die grösste Chance, was die grösste Gefahr für die Schweiz?*

WR: Die grösste Gefahr: wenn wirtschaftliche Impulse in einem Mass eintreten, die letztlich für das Land und die Bevölkerung und vor allem für die Erwerbstätigen negative Folgen haben, wenn die freie Konkurrenz zu Lohndruck und äusserst flexiblen Arbeitszeiten führt, wenn die Unternehmer aus Konkurrenzgründen Sparmassnahmen zulasten der Beschäftigten vorsehen. Die Schweiz kann man nicht zu einem riesigen Wirtschaftsraum hochstilisieren. Durch Zuzug von Ausländern könnten unlösbare Probleme im Wohnmarkt entstehen. Dann wäre die Umwelterhaltung zu erwähnen. Hier müssen Barrieren eingebaut werden. Positivwerte ich die europäische Integration, dass dank starker, kooperativer

Gewerkschaften ein soziales Europa entsteht und dass dann etappenweise die osteuropäischen Staaten dazukommen, so dass man wirklich in einem Staatenbundverhältnis zusammenlebt.

RS: *Den SGB zu führen: was verstehst du darunter?*

WR: Das heisst für mich mehr mit gedanklichen Impulsen, mit weitsichtiger organisatorischer Planung die Richtung bestimmen. Will man die Kräfte der Verbände im SGB bündeln, dann braucht's dazu Sachkompetenz und erworbenes Vertrauen und nicht Anordnungen hierarchischer Art. Eine wichtige Vorausdenker- und Handlungseinleitungsfunktion würde ich dem heutigen Büro zubilligen. Mir kommt es manchmal vor, dass wir den SGB zu sehr wie ein mittleres Unternehmen verwalten. Es besteht zuwenig Zeit, vielleicht auch Bereitschaft, um in Varianten zu denken. Die Papiere sind zielstrebig ausgearbeitet und lassen nur mehr minimale Änderungen zu. Häufig wäre es sinnvoll, vor der Erarbeitung eines Papiers Varianten zu diskutieren. Das ist natürlich zeitaufwendig. Sollte ich Präsident werden, glaube ich nicht, dass das Büro nur einen halben Tag pro Monat tagen kann. Es würde also einiges mehr an Sitzungen geben, in die die Sachkompetenz des Sekretariates in ihrer ganzen Breite einfliessen müsste.

RS: *Hast du ein gewerkschaftspolitisches Vorbild?*

WR: Ich bin in der glücklichen Lage, meine eigenen Vorgänger nennen zu können: Max Arnold, Hans Oprecht und Herman Greulich.

RS: *Bist du fichiert?*

WR: Bis heute erhielt ich noch keine offizielle Mitteilung. Ich weiss aber, dass ich eine Fiche habe beim Bund, im Kanton und in der Stadt Zürich. Eine Bestätigung, nicht eine Einsicht, erhielt ich aber bisher bloss vom Kanton.